



Abgeordnetenhaus **BERLIN**

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

39. Sitzung

Donnerstag, 21. März 2019

| Inhalt | Seite | Inhalt | Seite |
|--|-------|--|-------|
| Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches | 4564 | Umwandlung der Ausländerbehörde in eine Einwanderungsbehörde | 4582 |
| Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde | 4564 | Derya Çağlar (SPD) | 4582 |
| 1 Aktuelle Stunde | 4564 | Senator Andreas Geisel | 4582 |
| gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin | | Emine Demirbüken-Wegner (CDU) | 4583 |
| Herabstufung Berlins durch Ratingagenturen verhindern: Enteignungsfantasien sofort stoppen! | 4564 | Senator Andreas Geisel | 4583 |
| (auf Antrag der AfD-Fraktion) | | Holger Krestel (FDP) | 4583 |
| in Verbindung mit | | Senator Andreas Geisel | 4583 |
| 33 Berlins Zukunft nicht verspielen – Neubau statt Enteignung! | 4564 | Fahrverbote | 4584 |
| Antrag der Fraktion der FDP | | Oliver Friederici (CDU) | 4584 |
| Drucksache 18/1737 | | Staatssekretär Stefan Tidow | 4584 |
| Frank-Christian Hansel (AfD) | 4565 | Oliver Friederici (CDU) | 4584 |
| Torsten Schneider (SPD) | 4566 | Staatssekretär Stefan Tidow | 4584 |
| Burkard Dregger (CDU) | 4568 | Daniel Buchholz (SPD) | 4584 |
| Harald Wolf (LINKE) | 4570 | Staatssekretär Stefan Tidow | 4585 |
| Sebastian Czaja (FDP) | 4572 | Morddrohungen gegen Engagierte der Zivilgesellschaft in Nord-Neukölln | 4585 |
| Katrin Schmidberger (GRÜNE) | 4574 | Anne Helm (LINKE) | 4585 |
| Dr. Kristin Brinker (AfD) | 4577 | Senator Andreas Geisel | 4585 |
| Senator Dr. Matthias Kollatz | 4578 | Anne Helm (LINKE) | 4585 |
| Ergebnis | 4581 | Senator Andreas Geisel | 4585 |
| Abstimmungsliste | 4659 | Niklas Schrader (LINKE) | 4586 |
| 2 Fragestunde | 4581 | Senator Andreas Geisel | 4586 |
| gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin | | Änderung des Flächennutzungsplans für eine Grünfläche am Westkreuz | 4586 |
| | | Nicole Ludwig (GRÜNE) | 4586 |
| | | Senatorin Katrin Lompscher | 4587 |
| | | Nicole Ludwig (GRÜNE) | 4587 |
| | | Senatorin Katrin Lompscher | 4587 |
| | | Franziska Becker (SPD) | 4587 |
| | | Senatorin Katrin Lompscher | 4587 |

(Frank-Christian Hansel)

[Lachen bei der FDP]

Und das, liebe Berliner, zeigt – Sie lachen, Herr Czaja, Sie haben es ja selbst gerade wieder bei der IHK angekündigt –, dass auf diese beiden scheinbar bürgerlichen Parteien, diese von Merkel und Grütters auf links gewendete CDU und die Luftikus-FDP, nur Verlass ist, wenn Sie, liebe Berliner, sie dazu zwingen, den Politikwechsel mit uns zu machen, hin zu einem wirtschafts- und investorenfreundlichen Berlin

[Beifall bei der AfD]

auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards – den Namen kennen Sie vielleicht noch –, hin zu einem Wohlstand für alle. Das bedeutet Ja zur Zukunft und Nein zur Rückkehr zum historisch ein für alle Mal gescheiterten Sozialismus.

[Beifall bei der AfD]

Präsident Ralf Wieland:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Schneider das Wort!

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die sozialpolitische Debatte mit der Kernfrage der Mieten – insofern vielleicht etwas Einendes –, das ist die bestimmende Debatte in der Stadt. Der Befund, dass wir in Berlin durchschnittlich über 35 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für Mieten aufwenden, das ist der Handlungsauftrag für die Politik insgesamt. Ich glaube, zumindest insoweit müssten wir Einigung herstellen können.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –

Heiko Melzer (CDU): Mietenmonster Berlin!]

Unterschiede sehe ich nicht nur in der Rhetorik, sondern auch qualitativ. Da muss man über die Genese reden, und ich kann – tut mir leid, Herr Kollege Hansel – da auf Ihren Wortbeitrag wenig eingehen.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Das glaube ich!]

1949 hat der Parlamentarische Rat – 61 Männer, 4 Frauen, 70 Jahre später haben Sie immer noch dieselbe Quote, Herr Kollege Hansel –

[Beifall und Heiterkeit bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Artikel 15 in das Grundgesetz empfohlen, und zwar auch mit Stimmen der FDP, erstaunlicherweise,

[Oh! von Katalin Gennburg (LINKE)]

die nämlich am 6. Mai 1949 einen Antrag eingebracht hat. Dieser Antrag hat die Forderung erhoben, dass man die Vergesellschaftung des Artikel 15 ausschließlich in Bundeskompetenz regeln soll. Das setzt aber voraus, und

Sie haben dann ja auch zugestimmt, dass es eine Vergesellschaftung geben soll. Insoweit sind Sie Geburtshelfer von Artikel 15, meine Damen und Herren!

Und die CDU? – Die ist nicht nur Geburtshelfer, sondern exklusiv durch einen Wortbeitrag von Herrn von Mangoldt im Parlamentarischen Rat, im Bundestag, Geburtshelfer der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, dass es eine Entschädigung eben nicht nur auf der Basis des Verkehrswertes, sondern auch unterhalb des Verkehrswertes geben kann. Herzlichen Glückwunsch!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –

Zuruf von Karsten Woldeit (AfD)]

Insoweit kann man das auch darüber hinaus einordnen, die Kollegen aus dem Hauptausschuss wissen das: Es war keine Erfindung des Kommunistischen Manifests oder der diversen Beschlüsse der SPD, die sich auch heute noch dazu bekennt, dass es so etwas wie Vergesellschaftung geben kann. Dieses Phänomen haben wir 1983 in den USA erlebt, als AT & T zerschlagen wurde – Ronald Reagan. Dieses Phänomen haben wir 1953 erlebt, als die IG Farben zerschlagen wurde – heute noch Bayer AG, und wie sie alle heißen.

[Beifall bei der LINKEN –

Beifall von Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)]

Das waren monopolistische Zerschlagungen, die politisch determiniert waren.

[Zuruf von Georg Pazderski (AfD)]

Aber die Vergesellschaftung – Herr Oberst! Ich bin mir sehr sicher, dass Sie die intellektuelle Tiefe für diese Debatte nicht besitzen. Kommt der Gegner quer, nimm ne Mumpel mehr – das hilft da nicht.

[Beifall bei der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Schneider! Gestatten Sie zwei Zwischenfragen?

Torsten Schneider (SPD):

Nein, ich gestatte weder eine noch zwei Zwischenfragen, nämlich gar keine!

[Heiterkeit von Steffen Zillich (LINKE)]

1874 gab es die wohl heute noch größte Vergesellschaftung – Vergesellschaftung, nicht Zerschlagung. Und das war Königin Victoria mit der Ostindien-Kompanie mit einem stehenden Heer, Herr Oberst, von 260 000 Menschen.

[Georg Pazderski (AfD): Was Sie alles wissen, was ich nicht weiß!]

Also hören Sie auf, mich hier vollzuquatschen.

(Torsten Schneider)

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –

Georg Pazderski (AfD): Wann reden Sie denn zum
Thema Enteignungsphantasien? –
Zuruf von Karsten Woldeit (AfD)]

All die genannten Personen waren wirklich frei von dem
Verdacht, kommunistisch verseuchte Ideologienpolitik zu
betreiben. Da bin ich mir sehr sicher, und ich glaube, da
können wir wieder Einigkeit herstellen.

[Paul Fresdorf (FDP): Nicht alles, was links ist,
ist vergleichbar!]

Und nun ordnen wir das in die heutige politische Debatte
ein, nämlich zur Mietenfrage. Die Vergesellschaftung,
und das sage ich ausdrücklich, hat eine politische, aber
auch eine verfassungsrechtliche Dimension. Und ich füge
hier hinzu: Ich kenne Herrn Sodan gar nicht.

[Ronald Gläser (AfD): Guter Mann!]

– Ja, Sie kennen ihn mit Sicherheit auch nicht, und wenn
Sie das behaupten würden, würde er das wahrscheinlich
bestreiten.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Lachen bei der FDP]

Aber man kann es drehen und wenden, wie man will:
Sein Wortbeitrag, seine mehr als 100 Seiten sind quanti-
tativ und qualitativ nunmehr die Messlatte für die heiße
Kartoffel – lieber Andreas –, die nach §§ 12 und 17 Ab-
stimmungsgesetz jetzt bei dir liegen wird, um mal eine
Floskel aus dem Senat zu verwenden.

[Senator Andreas Geisel: Danke!]

Ich stimme ihm nicht in allen Punkten zu, zum Beispiel
in seiner doppelten restriktiven Anwendung und teleolo-
gischen Reduktion hinsichtlich Produktionsmitteln usw.,

[Zuruf von Kurt Wansner (CDU)]

denn im Ergebnis würde das dazu führen, dass man nur
noch den Häuslebauer vergesellschaften könnte, der dann
aber an der Erheblichkeitsschwelle und an der Angemes-
senheitsprüfung im engeren Sinne scheitern würde. Dann
würde das Argument, Grund und Boden vergesellschaften
zu können, einfach ins Leere fallen – und insoweit ist das
nahe der Grenze des Unvertretbaren.

Aber ein Aspekt, der ist noch in gar keinem Wortbeitrag
beleuchtet worden,

[Lachen von Frank-Christian Hansel (AfD)]

nämlich die Frage, wie es sich eigentlich mit dem Um-
stand verhält, dass die Berliner Landesverfassung hin-
sichtlich des Äquivalents zu Artikel 14 weder die Sozial-
pflichtigkeit des Eigentums erwähnt – das hat das Lan-
desverfassungsgericht als immanenten Wesensgehalt
verworfen – noch die Vergesellschaftung vorsieht. Und
das ist eine schwierige Rechtsfrage, eine sehr ernst zu
nehmende Rechtsfrage, die wir noch nicht zu Ende disku-

tiert haben. Das wirft aber vor allem die Frage an die
FDP auf, wie Sie denn auf die Idee kommen, heute hier
bei einem so komplexen Vorgang mit einer Sofortab-
stimmung steuern zu wollen. Das diskreditiert Ihr Anlie-
gen ohne Weiteres.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Zuruf von Paul Fresdorf (FDP)]

Die politische Dimension ist auch klar. Es wird unter
anderem die Frage nach der Zweckgeeignetheit, nach
dem milderen Mittel aufgeworfen. Und ich bin ja sehr
sicher, dass die Philosophie des „Bauen, bauen, bauen!“
und was Sie da alles in Ihren Text schreiben und was wir
jetzt auch gleich hören werden, mit dieser Frage gar
nichts zu tun hat. Aber es gibt ein milderes Mittel, kon-
zeptionell. Und das ist der Mietendeckel.

[Ah! von Ronald Gläser (AfD) –
Zuruf von Karsten Woldeit (AfD)]

Das wirft auch die Frage auf, die dann zum Beispiel Herr
Sodan wird beantworten müssen. Auf jeden Fall ist die
Limitierung der entfesselten Marktmacht durch sprung-
hafte Mietenentwicklung das mildere Mittel im Vergleich
zur Verstaatlichung – sowohl in der Intensität des Ein-
griffs als auch im Wirkungskreis. – Ich kann Sie leider
nicht verstehen, Herr Kollege Melzer.

[Heiko Melzer (CDU): Sie lassen ja auch keine
Zwischenfragen zu! –
Ülker Radziwill (SPD): Muss er auch nicht!]

Der Vorkauf und die Abwendungsvereinbarung in Berlin
haben etwa 10 000 Menschen geholfen. Die Strategie:
„Wir kaufen uns die Stadt zurück!“ hat vielleicht eine
punktuelle Wirkung, die ein Mehrfaches erreicht. Der
Mietendeckel, der uns gar nichts kostet,

[Sibylle Meister (FDP): Doch!]

unabhängig von der Frage, ob nun der Verkehrswert
einschlägig ist oder der Ertragswert oder irgendetwas
dazwischen – der hat eine generelle Wirkung.

[Zuruf von Christian Gräff (CDU)]

Und da wird für das Gutachten, das die SPD-Fraktion am
29. hier in Berlin vorstellen wird, der Maßstab und die
Messlatte sein. Das ist, genau, wie ich zum Kollegen
Sodan schon gesagt habe, die Messlatte für diese Frage.
Dazu will ich von Ihnen heute etwas hören!

[Georg Pazderski (AfD): Wir hätten gerne
auch was von Ihnen gehört!]

Oder kneifen Sie vor dieser Frage, so, wie Sie es jetzt
ideologisch wegwischen, was Sie im Parlamentarischen
Rat selbst vertreten haben? Dazu müssen Sie sich heute
bekennen!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

(Torsten Schneider)

Und an diesem Punkt ist doch klar, es gibt drei denkbare Strategien: Das ist die Marktlogik – das habe ich im Hauptausschuss auch schon einmal gesagt –, die hier auf der – aus meiner Perspektive und auch aus meiner politischen Perspektive – rechten Seite vertreten ist, nach dem Motto: Geht es dem Kapitalisten gut, dann fällt auch schon das eine oder andere für den Proleten ab. – Diese Logik verwerfen wir als SPD-Fraktion deutlich.

Die zweite Strategie, die man da fahren kann, das ist die Strategie, dass man einkaufen geht und das Mietenproblem damit final zu lösen anstrebt.

[Florian Swyter (FDP): Und?]

Wir verfolgen – und da schließt sich der Kreis wieder – die Strategie, dieses Verhältnis 35 Prozent und mehr – im statistischen Mittel – Belastung des verfügbaren Haushaltseinkommens von zwei Seiten anzusteuern: Wir wollen eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und eine deutliche, eine signifikante Erhöhung der verfügbaren Einkommen. Klare Beschlusslage der SPD-Fraktion und auch der SPD.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Georg Pazderski (AfD): Dann tut es endlich! –
Weitere Zurufe von der AfD]

Und wir wollen zweitens – vielen Dank für die vielen Beiträge zu unserer jetzt laufenden Kampagne, einen größeren Gefallen könnte uns das Für und Wider gar nicht getan haben, wir haben uns viel Mühe damit gegeben,

[Zuruf von Stefan Förster (FDP)]

damit Sie sich daran abarbeiten können – und da hilft uns kein Zögern, wir wollen den Mietendeckel in Berlin einführen, und zwar so schnell wie möglich.

[Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Georg Pazderski (AfD): Wie lange seid ihr
denn schon an der Regierung? –
Weitere Zurufe von der AfD]

Um zum Schluss zu kommen, weil ich die heiße Kartoffel vom Kollegen Lederer an unseren Andreas Geisel weitergeleitet habe, erlaube ich mir, Frau Kollegin Lompscher, Ihnen deutlich zu widersprechen.

[Stefan Förster (FDP): Halb-gare Kartoffel!]

Für uns ist der Mietendeckel kein marginaler Bestandteil dieser Strategie der Mietenbeherrschung unter ferner liefen.

[Zuruf von der LINKEN]

Für uns ist der Mietendeckel kein Baustein, sondern die zentrale Strategiefrage, um dieses Problem zu lösen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

[Anhaltender Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Dregger das Wort.

Burkard Dregger (CDU):

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Steigende Mieten, wachsende Wohnraumnot, Schlange stehen bei der Wohnungssuche, soziale Ver lust-ängste: Meine Damen und Herren von der rot-rot-grünen Links koalition, das sind Ihre Ergebnisse, die Ergebnisse Ihres Scheiterns.

[Beifall bei der CDU –
Zuruf von Anja Kofbinger (GRÜNE)]

In Ihrer nicht zu übertreffenden Inkompetenz haben Sie es fertiggebracht, den Wohnungsbauboom in Berlin zu bremsen.

[Stefan Ziller (GRÜNE): Ha!]

Bis zu Ihrem Regierungsantritt bis vor gut zwei Jahren herrschte Hochkonjunktur beim Wohnungsbau.

[Steffen Zillich (LINKE): Das haben wir
schon zwanzigmal gehört!]

Die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen ist damals jährlich um 20 bis 50 Prozent gestiegen. Und jetzt? Seitdem Sie regieren, erlahmt der Wohnungsbau, die Zahl der Baugenehmigungen geht trotz wachsender Nachfrage und trotz weiterhin niedriger Zinsen an den Kreditmärkten erstmals seit Jahren zurück.

[Steffen Zillich (LINKE): Durch Zahlenspielerien
wird es nicht besser!]

Dafür sind Sie verantwortlich, meine Damen und Herren von der SPD, der Linkspartei und den Grünen!

[Beifall bei der CDU]

Erkennen Sie nicht, dass die Zahl der Wohnungssuchenden schneller steigt als das Wohnungsangebot? Merken Sie denn nicht, dass infolgedessen die Wohnungspreise schneller steigen als die Gehälter in unserer Stadt? Sind Sie nur sorglos oder sind Sie blind, meine Damen und Herren von der Links koalition?

[Beifall bei der CDU]

Sie verursachen eine explosive Stimmung. Mittlerweile finden sogar Normalverdiener kaum noch bezahlbare Wohnungen. Berliner mit geringem Einkommen und Rentner leiden unter dieser Situation besonders. Für mich ist es völlig unbegreiflich, warum Sie den Wohnungsbau nicht zu Ihrer Priorität machen.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]